

GRETA

MAGAZIN DER MÜNCHNER GRÜNEN

AUGUST 2017

ZUKUNFT WIRD AUS MUT GEMACHT

BUNDESTAGSWAHL 2017

UMWELT IM KOPF
DIETER JANECEK:
OHNE VERKEHRSWENDE
KEIN KLIMASCHUTZ!

FREIHEIT IM HERZEN
MARGARETE BAUSE:
WO JEMAND HIN
WILL ZÄHLT.



ZUKUNFT WIRD AUS MUT GEMACHT

BUNDESTAGSWAHL 2017

- 3 Zukunft braucht die Grünen**
Hier schreibt der Vorstand

- 4 Umwelt im Kopf**
Dieter Janecek MdB
von Gudrun Lux und
Anna Schmidhuber

- 6 Freiheit im Herzen**
Margarete Bause MdL
von Julia Röthinger und
Maria Wißmiller

- 8 Gerechtigkeit im Sinn**
Doris Wagner MdB
von Alexander König und
Sofie Langmeier

- 10 Welt im Blick**
Peter Heilrath
von Thorsten Siefarth

- 12 Was München braucht**
Anforderungen der Kommunal-
politik an die Bundesebene
von Florian Roth und
Gülseren Demirel

- 14 Grüner Terminkalender**

WAHLKAMPF- HÖHEPUNKT DER BAYERISCHEN GRÜNEN

21. SEPTEMBER, 13–15 UHR
MARIENPLATZ, MÜNCHEN

Mit den bayerischen Spitzenkandidat*innen
Claudia Roth und Toni Hofreiter
sowie den Münchner Direktkandidat*innen

HIER SCHREIBT DER VORSTAND

Zukunft braucht die Grünen

Aufrecht für eine moderne und ökologische, eine vielfältige und gerechte Gesellschaft einzustehen, ist dringend nötig. Denn wir wollen nicht weiter im Stillstand und in der Unentschlossenheit der GroKo hängen bleiben. Herausforderungen löst nicht, wer bloß über Erfolge von gestern redet und sich darauf ausruht. Es braucht Mut zu Veränderungen, um unser Land voranzubringen.

Wir brauchen echten Klimaschutz! US-Präsident Trump hat im Alleingang beschlossen, aus dem Pariser Klimaschutzabkommen auszusteigen. Und die Bundeskanzlerin redet zwar gerne vom Klimaschutz, bremst ihn tatsächlich aber aus. Wer das Klima wirklich schützen will, muss Grün wählen. Wir sorgen für die Energiewende! Wir sorgen für die Verkehrswende! Und wir stehen für eine Landwirtschaft, die unser Grundwasser und unsere Böden schützt, die den Reichtum unserer Tier- und Pflanzenwelt erhält, anstatt Bienen- und Vogelsterben zu verursachen! Wir brauchen ein starkes menschenfreundliches Europa! Wir Grüne stehen für mehr Solidarität statt einseitiger Sparpolitik. Doch auch über Europa hinaus tragen wir Verantwortung: Wir

wollen nicht auf Kosten der Menschen in anderen Ländern Profite machen und die dortigen Konflikte anheizen. Deshalb lasst uns endlich Schluss machen mit Rüstungsexporten in Krisengebiete und an Diktaturen und lasst uns endlich ökologische und soziale Standards weltweit fördern! Wir wollen die Überfischung vor den Küsten Afrikas beenden und solche Agrarsubventionen streichen, die andernorts Landflucht und Hunger befördern. Der Kampf gegen die Klimaerhitzung ist auch ein Kampf gegen Fluchtursachen.

Menschen aber, die hier bei uns eine neue Heimat suchen, sind uns willkommen. Wer anpackt für unsere gemeinsame Heimat, gehört dazu. Wer hier glücklich werden will, muss unser Grundgesetz und seine Grundwerte anerkennen. In unserem gemeinsamen Land gilt das für alle, egal ob sie aus Dresden oder aus Damaskus kommen. Wir beurteilen Menschen nicht danach, wo sie herkommen, sondern danach, wohin sie im Leben wollen. Zukunft wird aus Mut gemacht – seien wir mutig, wagen wir ein Grüneres Land!



**Gudrun
Lux**
Vorsitzende



**Christian
Smolka**
Schatzmeister



**Helena
Geißler**
Beisitzerin



**Julia
Post**
Beisitzerin



**Sylvio
Bohr**
Beisitzer



Umwelt im Kopf

DIETER JANECEK MDB

von Gudrun Lux und Anna Schmidhuber

Das grüne Wahlprogramm ist über 100 Seiten lang. Die Herausforderung an Dich: Was sind Deine drei Kernprojekte, für die Du kämpfen möchtest?

Wir haben ein ambitioniertes Wahlprogramm: Kohleausstieg, Ausstieg aus der industriellen Landwirtschaft und Massentierhaltung, ein klares Bekenntnis zu Europa, zur modernen Gesellschaft, ein klares sozialpolitisches Profil. Wir Grüne machen auch klar, wir sind Freiheitspartei – wir haben nicht nur die Ehe für alle durchgeboxt, wir sind diejenigen die sagen: Erwachsene Menschen sollen selbst entscheiden, ob sie Cannabis konsumieren wollen oder nicht. Aus meinem Tätigkeitsbereich sind es vor allem drei Themen, die ich treiben möchte.

1. Verkehrswende voranbringen mit E-Auto und Rad-Revolution

Das Ziel ist klar: Ausstieg aus der fossilen Mobilität. Dazu wollen wir ab 2030 nur noch abgasfreie Autos zulassen. Ohne Verkehrswende kein Klimaschutz. Als wirtschaftspolitischer Sprecher sage ich aber auch in Richtung Industrie: Wenn Ihr fit für die Zukunft werden wollt, müsst Ihr was ändern! Von China bis Kalifornien – der Automarkt der Zukunft wird elektrisch sein. Elektromobilität ist inzwischen alltagstauglich, davon bin ich als

E-Auto-Nutzer überzeugt. Was fehlt, ist der politische Wille, wie der schleppende Ausbau der Ladeinfrastruktur zeigt.

Klar ist trotzdem: Elektroautos alleine machen noch keine nachhaltige Verkehrspolitik. Das Automobil der Zukunft fährt nicht nur elektrisch, es wird geteilt. Wir brauchen keine bundesweit 42 Millionen Fahrzeuge, um in Zukunft mobil zu sein. Carsharing und in der Perspektive das selbstfahrende Fahrzeug bieten unglaubliches Potenzial, in den Städten wieder mehr Platz für Menschen und für Grün zu schaffen.

Wichtigster Baustein für die urbane Mobilität der Zukunft wird das Fahrrad sein. Dafür brauchen wir endlich einen ambitionierten Ausbau der Fahrradinfrastruktur, breite und sichere Radwege, bessere Abstellanlagen und Radschnellwege, die Stadt und Umland verbinden. Nicht nur die Kommunen, besonders der Bund muss Radverkehr endlich zur verkehrspolitischen Priorität erklären.

2. Die Wirtschaft neu vermessen mit dem Wohlstandskompass

Seit Jahrzehnten ist Wachstum Ziel und Erfolgsmaßstab der Wirtschaftspolitik. Das muss sich ändern. Denn Wirtschaftswachstum alleine ist schlicht kein



Fotos: Oliver Christoph Kochs

sinnvoller Gradmesser für Wohlstand und Fortschritt. Werden endliche Ressourcen ausgebeutet, Natur vernichtet, führt das zu Wachstum, aber nicht zu mehr Wohlstand. Eine Alternative bietet die Herangehensweise des grünen Jahreswohlstandsberichts. Erstellt von einem unabhängigen Forschungsinstitut, wird dort anhand von acht Messgrößen – beispielsweise dem ökologischen Fußabdruck, der Einkommensverteilung oder der Entwicklung des Bildungsniveaus – erfasst, wie sich das Land wirtschaftlich entwickelt. Was sich anhört wie eine akademische Trockenübung, ist von erheblicher Konsequenz für Ausrichtung der Politik. Unser Ziel ist dabei klar: Wir wollen unseren Wohlstand erhalten und mehren, aber von einer einseitigen Fixierung auf Wachstum lösen.

3. Digitalisierung antreiben von der modernen Verwaltung bis zur intelligenten Verkehrssteuerung

Ein zentrales Zukunftsthema für unser Land ist die Digitalisierung. Politik und Verwaltung leben und denken aber oft noch im analogen Zeitalter. Eine politische



Steuerung fehlt völlig, in der Bundesregierung herrscht Kompetenzwirrwarr. Völlig ignoriert wird derzeit das ökologische Potenzial digitaler Technologien. Rund 15 Prozent der Energieverbräuche ließen sich zum Beispiel reduzieren, wenn wir den Verkehr oder das Energiesystem intelligenter und effizienter steuern würden. Was fehlt: der politische Rahmen, klare Zielvorgaben bei der Energieeffizienz, ein Preis für CO₂, vor allem aber das politische Bewusstsein, welches großes Potenzial die Digitalisierung hier bietet.

Völlig versagt hat die aktuelle Bundesregierung beim Zukunftsthema „Digitale Verwaltung“. Behördenbesuche erinnern oft noch an Zeitreisen in die 80er Jahre, das handschriftlich auszufüllende Durchschlagformular ist vielerorts Standard. E-Government findet in Deutschland de facto nicht statt, stellten im vergangenen Jahr selbst die von der Bundesregierung eingesetzten Experten des Normenkontrollrates fest. Dabei scheitert es nicht mal am Geld. Der Investitionsbedarf für den Aufbau einer leistungsfähigen digitalen Verwaltung würde – einmalig – knapp zwei Milliarden Euro betragen, würde

sich aber schnell refinanzieren. Und insbesondere die Bürokratiekosten für Selbständige und Mittelständler massiv senken. Es fehlt aber schlicht an politischer Steuerung. Auf Bundesebene sind vier Ministerien zuständig, die sich ständig gegenseitig im Weg stehen – hier braucht es eine zentrale Steuerung, beispielsweise wie in Österreich im Bundeskanzleramt. Dort nutzen dann auch 73 Prozent der Menschen digitale Angebote der Verwaltung, in Deutschland sind es 39 Prozent.

Der Wahlkreis München-West/Mitte umfasst die Stadtbezirke Allach-Untermenzing, Aubing-Lochhausen-Langwied, Laim, Ludwigsvorstadt-Isarvorstadt, Neuhausen-Nymphenburg, Pasing-Obermenzing und Schwanthalerhöhe.



Dieter Janecek MdB Bundestagskandidat für München-West/Mitte

Am besten lässt sich Dieter Janecek vielleicht mit dem etwas sperrigen Titel "Transformateur" beschreiben – neudeutsch "Changemaker". Er ist einer, der an Veränderung glaubt, am liebsten über Chancen spricht. Seine Mission ist die Vereinbarkeit von Ökonomie und Ökologie und dabei setzt er vor allem auf Innovationen. Beispielsweise darauf, dass junge Gründer*innen energie- und ressourcensparende Produkte revolutionieren. Oder darauf, dass die Digitalisierung unser Mobilitätsverhalten umkrempelt.

Seit 2013 ist Janecek wirtschaftspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion, sitzt im Ausschuss für Wirtschaft und Energie sowie für die Digitale Agenda. Zuvor war er sechs Jahre bayerischer Landesvorsitzender der Grünen.

Politisch sozialisiert wurde der Ex-Österreicher in den 90ern im ländlichen Niederbayern, dort wo die CSU-Dominanz noch etwas stärker ist als im restlichen Freistaat. Da legt man sich am Infostand schnell ein dickeres Fell zu. Zum Studium zog es Janecek nach München, wo er als langjähriger Anwohner der Landshuter Allee durch alle Instanzen, bis zum Europäischen Gerichtshof in Straßburg, das Recht auf saubere Luft erstritt.

Der Vater dreier Kinder ist leidenschaftlicher Stones- und FC-Bayern-Fan, spielt E-Gitarre und Fußball im FC Bundestag. Die österreichische Herkunft schlägt durch bei seiner Begeisterung für Kabarett – Josef Hader, Alfred Dorfer und Lukas Resetarits begeistern ihn besonders.

Freiheit im Herzen

MARGARETE BAUSE

von Julia Röttinger und Maria Wißmiller

Liebe Margarete, 1986 wurdest Du als damals jüngste Abgeordnete in die erste grüne Landtags-Fraktion in Bayern gewählt. Was hat Dich in der Anfangszeit Deiner politischen Laufbahn geprägt und mit welcher Motivation bist du in die Politik gegangen?

Meine Motivation, politisch tätig zu werden, war der Drang nach Selbstbestimmung und Gleichberechtigung. Der §218 kriminalisierte und entmündigte Frauen, die sich für eine Abtreibung entschieden hatten, Vergewaltigung in der Ehe war legal, Gewalt gegen Frauen ein Tabuthema und Frauen in der Politik eine Ausnahmerecheinung. Ich war in der Frauenbewegung in München aktiv und wollte ins Parlament, um die Gesetze zu ändern und die Gesellschaft gleich mit. Klar waren die Grünen meine Partei, denn keine andere Partei war (und ist) bei diesem Thema so glaubwürdig und engagiert. Gleich am Anfang habe ich erfahren, dass frau kämpfen muss: gegen Herrenwitze und Diskriminierung, gegen Herabwürdigung und Ausgrenzung, auch und gerade im Landtag durch die CSU. Heute kann ich sagen: Widerstand macht stark und kämpfen macht Spaß!

Was ist für Dich der bisher größte Erfolg in Deiner politischen Karriere?

Da gibt es einige: die Einführung der Quote, zuerst bei uns Grünen, später zogen andere Parteien nach; das Aus für die atomare Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) in Wackersdorf im Jahr 1989; das Aus für den Transrapid (2008) und die 3. Startbahn (2012) sowie die Bewahrung des letzten Stücks der frei fließenden Donau. Ein nachhaltiger Erfolg war sicher auch mein Besuch bei Ai Weiwei im November 2014 in Peking. Dadurch habe ich das



Thema Menschenrechte auf die Agenda der bayerisch-chinesischen Beziehungen gesetzt, Seehofer hatte das abgelehnt und schäumte entsprechend. Bei seinem Besuch zwei Jahre danach konnte er das Thema nicht mehr aussparen. Deshalb gab es im offiziellen Programm ein (heimliches) Treffen mit Dissidenten.

Für die Bundestagswahl am 24. September 2017 bist Du Bundestagskandidatin für den Wahlkreis München-Ost. Warum möchtest Du nach Deiner politischen Laufbahn auf der Landesebene jetzt in den Bundestag einziehen?

Nach beinahe 30 Jahren in der Landespolitik, davon 18 Jahren im Landtag, ist jetzt Veränderung angesagt. Für mich persönlich und natürlich auch politisch in Bayern und Deutschland. Viele entscheidende politische Weichen für die Zukunft werden im Bundestag gestellt, z. B. für einen konsequenten Klimaschutz, für ein gemeinsames demokratisches Europa, für die Bürger- und Menschenrechte oder für ein menschliches Asylrecht und gelingende Integration. Da möchte ich gerne

mitwirken. Und außerdem will ich endlich mal in einem Parlament sitzen, in dem die CSU nur eine kleine Minderheit ist.

Bei einem Einzug in den Bundestag – wie sehen hier Deine politischen Ziele für die nächsten vier Jahre aus?

Ich möchte dafür sorgen, dass Deutschland endlich ein Einwanderungsgesetz bekommt, am liebsten als Mitglied der Regierungsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen. Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete, insbesondere nach Afghanistan, dürfen nicht stattfinden. Ich möchte erreichen, dass Arbeits- und Ausbildungsverbote für Asylsuchende abgeschafft werden und Integration gelingt. Denn eine freie Gesellschaft darf etwas so Elementares wie die Entwicklung der eigenen Fähigkeiten und die Teilhabe durch Arbeit nicht verbieten oder vom Aufenthaltsstatus abhängig machen. Bildung ist ein Menschenrecht! Und ich möchte mich – gerade für München – für bezahlbares Wohnen durch eine funktionierende Mietpreisbremse und eine Offensive für den sozialen Wohnungsbau einsetzen.



Margarete Bause MdL Bundestagskandidatin für München-Ost

Seit mehr als 30 Jahren kämpft Margarete Bause bereits für Ökologie, Gleichberechtigung und Toleranz. Ihre Kindheit verbrachte sie auf dem „Almenhof“, einem niederbayerischen Einödhof in der Nähe von Landshut. Den Weg zur mehr als fünf Kilometer entfernten Schule legte sie meist zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurück. Wald, Wiesen und Tiere waren in dieser Zeit fester Teil ihres Lebens, ebenso wie das Raufen mit den drei Brüdern oder das Verschlingen der Bücher, die sich im Schrank der Eltern befanden. Nach dem Abitur zog Margarete nach München und studierte zunächst Germanistik, später Soziologie, Politikwissenschaft und Sozialpsychologie. 1984 wurde sie Frauenreferentin der Bayerischen Grünen, zwei Jahre später zog sie erstmals in den Landtag ein. Sie war mehrere Jahre Landesvorsitzende der Bayerischen Grünen und wurde 2003 erneut in den Landtag gewählt. In den vergangenen 13 Jahren hatte sie das Amt der Fraktionsvorsitzenden inne und erlebte während dieser Zeit drei bayerische Ministerpräsidenten und fünf Partner in der grünen Doppelspitze.

Seit ihrer Begegnung mit dem chinesischen Künstler und Menschenrechtsaktivisten Ai Weiwei im November 2014 beschäftigt sich Margarete zunehmend mit dem Thema „Menschenrechte“. Auch die aktuelle Diskussion um die richtige Flüchtlings- und Integrationspolitik ist im Kern eine Menschenrechtsfrage. Weil der Bundestag ganz andere Handlungs- und Wirkungsmöglichkeiten hat als der Landtag, möchte Margarete nun ihre gesamte Kraft und Erfahrung sowie ihre Lust, sich einzumischen, auf bundespolitischer Ebene einbringen.

Lass uns einen Blick in die Zukunft werfen – was möchtest Du als Bundestagsabgeordnete bis 2021 konkret erreicht haben?

1.

Die zwanzig schmutzigsten **Kohlekraftwerke** sind stillgelegt, der Kohleausstieg geht zügig voran. Deutschland hat ein Klimaschutzgesetz und das klimaschädliche CO₂ einen gesetzlichen Preis. Mit grüner Regierungsbeteiligung erreicht unser Land Deutschland sein Klimaschutzziel und wird zum Vorreiter bei Klimaschutz.

2.

Deutschland hat ein zeitgemäßes **Einwanderungsgesetz**. Denn: Es ist nicht wichtig, wo jemand herkommt, sondern wohin er oder sie will. Wer in Deutschland geboren wird, ist automatisch deutsche Staatsbürgerin beziehungsweise Staatsbürger.

3.

Kinder aus armen Familien werden besonders unterstützt, denn in einer reichen Gesellschaft darf es keine armen Kinder geben.

4.

Gleichwertige Arbeit wird gleich bezahlt, egal ob sie von Frauen oder Männern erbracht wird.

5.

Deutschland hat ein **Demokratiefördergesetz**, das zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rechts und für eine weltoffene Gesellschaft unterstützt und fördert.

Denn eine lebendige Demokratie gibt's nur mit engagierten Demokratinnen und Demokraten, die Hass und Ausgrenzung entgegen treten und für Freiheit und Pluralismus einstehen.

Wenn Du Dich nicht gerade für eine offene und tolerante Gesellschaft einsetzt, was machst Du gerne außerhalb der Politik?

Ich lese gerne, am liebsten gute Romane, ich gehe gerne in klassische Konzerte oder in die Oper. Ich koche mit Leidenschaft, am liebsten italienisch mit selbstgezo-genen Kräutern vom Balkon. Meine Reisen führen mich bevorzugt nach Italien und zum Wandern geht's ins schöne Südtirol, die Heimat meines Mannes.

Der Wahlkreis München-Ost

umfasst die Stadtbezirke Altstadt - Lehel, Bogenhausen, Au-Haidhausen, Berg am Laim, Trudering - Riem, Ramersdorf - Perlach.

Gerechtigkeit im Sinn

DORIS WAGNER MDB

von Alexander König und Sofie Langmeier

So lautet die Überschrift eines der vier Hauptkapitel des grünen Wahlprogramms. „Gerechtigkeit im Sinn“, das passt auch gut zu Doris Wagner. Denn ihr persönlicher Leitsatz, mit dem sie bereits 2013 in den Bundestagswahlkampf gezogen ist, lautet „gerecht gleich grün“ Dieser Satz hat sie bereits durch lange Jahre in der Frauen- und Gleichstellungspolitik begleitet. Wer mit Doris Wagner spricht, lernt schnell: Für sie ist Politik etwas sehr Konkretes, etwas, das auch in der Lebenswelt der Menschen ankommen muss.

„Wir kämpfen für gute Arbeit und bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie“

Was heißt das konkret?

Über die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie reden alle gerne, meist regiert aber verbale Aufgeschlossenheit bei gleichzeitiger Verhaltensstarre. Wenn es ernst wird, kneift die aktuelle Bundesregierung immer wieder – wie beim Rückkehrrecht in Vollzeit. Wir kämpfen für ein Rückkehrrecht in Vollzeit, wollen Vollzeit aber auch neu definieren. Mit einem Arbeitszeitkorridor von 30 bis 40 Wochenstunden wollen wir Eltern ermöglichen, genügend Zeit für die Familie zu haben und gleichzeitig berufstätig zu sein. Und wir wollen das Elterngeld weiterent-

wickeln. Mit der KinderZeit Plus haben wir dafür ein Konzept vorgelegt: Jeder Eltern- teil kann mit der grünen KinderZeit Plus acht Monate Unterstützung in Anspruch nehmen, weitere acht Monate können sie sich frei untereinander aufteilen – zusammen also bis zu 24 Elternmonate nehmen. Größere Freiräume für junge Mütter, mehr Anreize für junge Väter, in Elternzeit zu gehen oder mehr als die üblichen zwei Monate zu nehmen, ist das Ziel. Allein- erziehende sollen natürlich ebenfalls Anspruch auf 24 Monate KinderZeit Plus erhalten.

„Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest“

Was heißt das konkret?

Um unsere Gesellschaft gerechter zu machen, setzen wir uns für eine Stabilisierung des Rentenniveaus, für eine Garantierente und eine Bürgerversicherung im Gesundheitssystem ein. Eine Reform der Sozialversicherung reicht aber nicht, um beispielsweise Altersarmut, gerade von Frauen, zu verringern. In Bayern sind ein Viertel der Frauen armutsgefährdet. Ohne gerechte Teilhabe am Arbeitsmarkt, ohne Lohngleichheit und ohne bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie werden wir daran wenig ändern. In der aktuellen Legislaturperiode bin ich die Sprecherin für Demografiepolitik, befasse mich stark mit dem Thema Generationengerechtigkeit. Wir müssen insbesondere für die ganz

Jungen und für die Älteren mehr tun: Das Wahlalter ab 16 ermöglicht auch jungen Menschen politische Teilhabe. Für viele ältere Menschen – aber nicht nur für diese – ist Barrierefreiheit, von der Bahnstation bis in die eigenen vier Wände zentral wichtig. Hier müssen wir viel mehr investieren.

„Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen, Universitäten“

Was heißt das konkret?

Einer meiner jährlichen Lieblingstermine ist der Vorlesetag am 15. November, der Kinder für das Lesen und Bücher begeistern will. Ich selbst war als Kind ein Bücherwurm und las mich kreuz und quer durch unsere Stadtteilbibliothek; lesend entdeckte ich neue Welten. Lesen bildet! Bildung ist für gesellschaftliche Teilhabe essenziell und muss in jungen Jahren ansetzen. Wir wollen deshalb Betreuungsangebote weiter ausbauen. Der Bund muss hier stärker in die Verantwortung gehen und mindestens drei Milliarden Euro pro Jahr für die frühkindliche Förderung investieren. Konkret heißt das: Alle Kinder bekommen Anspruch auf einen Ganztagsplatz in einer guten Kita, die mehr als nur eine Betreuungseinrichtung ist.





Doris Wagner MdB Bundestagskandidatin für München-Nord

Seit der Bundestagswahl 2013 vertritt Doris Wagner den Wahlkreis München-Nord im Deutschen Bundestag und gehört dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend an. Als grüne Ausschuss-Obfrau koordiniert sie dort die Arbeit der grünen Bundestagsfraktion. Zudem sitzt sie im Verteidigungsausschuss.

Vor ihrer Wahl in den Bundestag leitete sie das Bayern-Büro der Europaparlaments-Abgeordneten Barbara Lochbihler und war Frauenreferentin der bayerischen Grünen, engagierte sich ehrenamtlich als Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft Frauen- und Gleichstellungspolitik sowie der Landesarbeitsgemeinschaft Europa, Frieden und Internationales.

Dass es Doris mal in die Politik verschlägt, war lange nicht abzusehen. Als staatlich geprüfte Übersetzerin arbeitete sie 15 Jahre lang zunächst in London, Mailand und schließlich in München für die Textilbranche und machte sich anschließend mit einer Veranstaltungsagentur selbständig. Politisiert hat sie vor allem die Arbeit im Frauenkarrierenetzwerk – so fand sie 2001 schließlich ihre politische Heimat bei den Münchner Grünen.



Der Wahlkreis München-Nord

umfasst die Stadtbezirke Feldmoching - Hasenberg, Moosach, Milbertshofen - Am Hart, Schwabing West, Schwabing - Freimann und Maxvorstadt.

Welt im Blick

PETER HEILRATH

von Thorsten Siefarth

Peter, Du wurdest für den Wahlkreis München-Süd als Bundestagskandidat gewählt. Warum hast Du Dich eigentlich zur Wahl gestellt?

Ich habe eine klare Vorstellung davon, welche Welt ich meinen Kindern übergeben will. Dafür will, dafür muss ich arbeiten. Zuschauen kam für mich nie in Frage. Für mich soll der Bundestag der Ausgangspunkt sein, um Friedens-, Sicherheits- und Menschenrechtsthemen voranzubringen. Dabei will ich mich vor allem um die Vernetzung mit anderen Parlamenten und Nichtregierungsorganisationen kümmern.

Das hört sich alles sehr nach Außenpolitik an. Warum siehst Du darin Deinen Schwerpunkt?

Ich bin 1969 geboren, aber ich spüre eine Beziehung zur dunkelsten Zeit der Deutschen Geschichte. Ich denke, man kann sich nicht als Deutscher empfinden, ohne Verantwortungspflicht gegenüber den anderen Ländern dieser Erde zu verspüren. Das bedeutet für mich konkret: Die Themen Not, Verfolgung und Ungerechtigkeit müssen auch von uns Deutschen immer wieder auf die internationale Agenda gesetzt werden.

Aber machen wir Deutsche es uns nicht immer wieder zu leicht, aus einer sehr luxuriösen Situation heraus den anderen die Welt zu erklären?

Da ist etwas dran. Deswegen halte ich es für sehr wichtig, vor Ort Stimmungen und Emotionen zu erfahren. Ich will deshalb auch Diskussionen direkt in Konfliktregionen nicht aus dem Weg gehen. Ich habe das einmal in einem Schützengraben in der Nähe von Mossul erlebt. Die nächste IS-Stellung war 200 Meter entfernt. In



Foto: Andreas Gregor

dieser Situation habe ich versucht, einem britischen Söldner zu erklären, wieso ich gegen die Lieferung der Panzerabwehrrakete Milan an die Peschmerga war und bin. Das war eine ausgesprochen hitzige Diskussion.

Wie stehst Du zu Waffenlieferungen aus Deutschland?

Waffenlieferungen in Krisengebiete sind ein gefährliches Spiel mit dem Feuer, weil Gruppenzugehörigkeiten, die Loyalitäten und auch das Verhältnis zur Zivilbevölkerung laufend wechseln. Wichtiger ist grundsätzlich, zivile Akteure und die Prävention zu stärken. Und wir müssen die UNO reformieren und handlungsfähiger machen. Aber ich sage zugleich: Wir haben eine Schutzverantwortung. Wir dürfen in einer fragilen Weltordnung nicht nur Zuschauer sein. Auch das lehrt die deutsche Geschichte.

Welche Möglichkeiten hat Deutschland denn, international zu wirken?

Deutschlands Stimme wird gehört. Das hat natürlich auch mit der wirtschaftlichen Größe zu tun, aber auch darüber hinaus sind wir ein anerkanntes Mitglied der Weltgemeinschaft geworden. Diese Stimme können und müssen wir nur besser nutzen. Gerade wenn es um Menschenrechte und das Völkerrecht geht. Da machen Verbündete oft Rosinenpickerei. Das dürfen wir nicht zulassen und müssen konsequenter der Anwalt der Menschen sein.

Entwicklungs- zusammenarbeit

Zu viele Staaten sind noch im Kreislauf aus Hunger und Not gefangen. Peter prangert die Widersprüchlichkeit der westlichen Hilfe an. „Sich entwickelnde Staaten müssen die Möglichkeit haben,



ihre Märkte besser zu schützen, auch wenn sie auf Wirtschaftsbeziehungen zur EU angewiesen sind.“ Und es sei schäbig, dass Deutschland das Ziel, 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts für Entwicklungshilfe auszugeben, nur über einen Trick erreicht habe: indem man nämlich die innerdeutsche Flüchtlingshilfe einberechnet habe.

Klima

Die Klimakatastrophe ist eine globale Herausforderung. Für Peter ist das erst einmal eine ziemliche Binsenweisheit. Aus ihr folgt aber für ihn, dass wir dieser Katastrophe nur durch eine internationale Kooperation entrinnen können. Er erläutert, dass das Pariser Abkommen, das keine Sanktionen enthält, nur durch den gemeinsamen Willen der Staaten zusammengehalten werde. Dass sich die USA aus dem Konsens verabschieden wollen, bedeute nicht einfach einen Staat weniger, sondern sei ein Angriff auf den fragilen Gesamtzusammenhalt. „Wirklich erstaunlich und Mut machend ist aber, dass Städte in der ganzen Welt, auch in den USA, schon weiter sind. Ihre Aktivitäten in Klimafragen übertreffen die Politik ihrer Länder deutlich“, weiß Peter. Warnt aber zugleich: „Nur ausruhen dürfen wir uns darauf nicht“.

Gerechtigkeit

Klima und Gerechtigkeit haben nach Peters Ansicht eine politische Gemeinsamkeit. Die drängendsten Probleme

lassen sich nur international lösen. Bankenregulierung, Finanztransaktionssteuern und Steuerfluchtverhinderung werden nur nachhaltig funktionieren, wenn sich zumindest die großen Finanzmärkte der Welt einig sind. Peter: „So lange ich Kapital frisch und fröhlich in der Welt bewegen und Steuerschulden an beliebigen Orte generieren kann, so lange wird es auch immer wieder gelingen, den Gemeinwesen überall ihre finanziellen Grundlagen zu entziehen. Das ist modernes Raubrittertum.“

Digitales

Auch das Thema „Digitales“ ist für Peter eine internationale Aufgabe. „Ich will weder, dass das Internet zum rechtsfreien Raum wird, noch, dass wir Zensur durch Konzerne zulassen, noch, dass einzelne Staaten das Netz nutzen können, um die Innenpolitik anderer zu beeinflussen“, erläutert er. „Wir brauchen hier gemeinsame Verkehrsregeln – unter Einbeziehung möglichst vieler Staaten.“

Der Wahlkreis München-Süd

umfasst die Stadtbezirke Hadern, Sendling Westpark, Sendling, Thalkirchen - Obersendling, Forstenried, Fürstenried, Solln, Untergiesing - Harlaching und Obergiesing.



Peter Heilrath Bundestagskandidat für München-Süd

Peter Heilrath ist geborener Münchner. Das glaubt ihm nur niemand – wenn er ihn hört. "Ich habe in der Sprachprägungsphase einfach nicht in Bayern gelebt und das Nachlernen hat nicht funktioniert", lacht er.

1969 wurde er am Rotkreuzplatz geboren, ist aufgewachsen in München, Gilching, Bern und Brüssel. An der LMU hat er Jura studiert und in München auch seine zwei juristischen Staatsexamina abgelegt.

Das Politik-Gen entwickelte sich bei ihm schon im Elternhaus, sein Vater arbeitete an den deutschen Botschaften in Bern und Brüssel, Politik war tägliches Gesprächsthema. Schon die Diskussionen mit den Eltern waren immer recht kontrovers.

Peter Heilrath arbeitet zurzeit als Rechtsanwalt und Filmproduzent und hat zwei Töchter. Er ist seit 2009 Mitglied der Grünen und seit 2015 einer der Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft Europa, Frieden & Internationales.

Was München braucht

ANFORDERUNGEN DER KOMMUNALPOLITIK AN DIE BUNDESEBENE

von den Vorsitzenden der grün-rosa Fraktion im Münchner Stadtrat Florian Roth und Gülseren Demirel

Luftreinhaltung

Wir wollen saubere Luft! Aber nicht alle Weichen dafür können wir auf Stadtebene stellen. Eine der schlimmsten Unterlassungssünden der Bundespolitik ist es, dass sie die Einführung der Blauen Plakette verhindert – zu Lasten nicht nur Münchens, sondern vieler Kommunen. Mit ihr könnte emissionsintensiven Dieselfahrzeugen die Einfahrt in besonders schadstoffbelastete Zonen verboten werden. In München müsste das doch zumindest im Gebiet der jetzigen Umweltzone gelten! Übrigens hat sogar die Münchner CSU Unterstützung für die Blaue Plakette signalisiert. Aber obwohl die Umweltminister*innen der Länder bereits einen entsprechenden Gesetzentwurf befürwortet hatten, scheiterte die Blaue Plakette am Widerstand des CSU-geführten Bundesverkehrsministeriums. Aus dem wurde verlautbart, Fahrverbote seien der falsche Weg. Das individuelle Recht mit dem Diesel-Stinker in die Innenstadt zu fahren gilt offenbar mehr als dass die Menschen dort saubere Luft atmen!

Es ist gut und richtig, öffentliche Fuhrparks und Taxiflotten zu elektrifizieren, wie das Ministerium ankündigt. Nur leider reicht das eben nicht aus, um die EU-Grenzwerte für Stickstoffdioxid so bald einhalten zu können wie das der Bayerische Verwaltungsgerichtshof von der Stadt fordert. Dafür braucht's die Blaue Plakette. Wir könnten auch eine City Maut einführen - wenn es dafür von der Bundesebene eine klare gesetzliche Regelung gäbe. Außerdem wollen wir, dass die Kommunen selbst darüber entscheiden dürfen, auf welchen Straßen sie Geschwindigkeitsbegrenzungen (Tempo 30) verhängen.

Diese Bundesregierung ist offenkundig nicht bereit, der Stickoxidbelastung mit ernsthaften Maßnahmen entgegenzu-



treten, sondern muss zu jedem Schritt von Gerichten oder EU-Vorgaben gezwungen werden. Sie hat stattdessen alles getan, um der Autoindustrie bei ihren Lügen und Vertuschungen zu helfen. Europäische Umweltbehörden gehen von jährlich rund 10.600 vorzeitigen Todesfällen in Deutschland durch Stickoxidbelastung aus. Heruntergerechnet auf München wären das mehrere hundert Tote pro Jahr.

Migrationspolitik

Als Einwanderungsstadt ist München auf vielfältige Weise von bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen betroffen. Das betrifft nicht nur Abschiebungen in höchst gefährliche Herkunftsländer, sondern eine Vielzahl von Regelungen, die sich auf die Integrationschancen von Einwanderern und Flüchtlingen auswirken.

Ein Einwanderungsgesetz ist längst überfällig! Migrant*innen brauchen bei entsprechenden Voraussetzungen einen sicheren Aufenthalt und das Recht auf Integrationsangebote. Zivilgesellschaftlicher Initiativen in diesem Bereich müssen entsprechend unterstützt werden! Außerdem stehen wir Grüne für ein durchlässiges Bildungssystem. Dazu gehört vor allem, dass Bildungs- und Berufsausschlüssen aus anderen Ländern schnell und großzügig anerkannt werden, damit

Menschen, die zu uns kommen, hier arbeiten können. Während und nach der Ausbildung brauchen Einwanderer*innen ein verlässliches Bleiberecht!

Bessere Integrationschancen verspricht auch ein liberaleres Einbürgerungsrecht, das grundsätzlich dem Geburtsortprinzip folgen sollte: Wer hier geboren ist, sollte die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten, wenn ein Elternteil einen legalen Aufenthaltsstatus hat.



Wohnungspolitik

Der Münchner Wohnungsmarkt ist völlig überhitzt – und die Bundespolitik könnte einiges zur Entspannung beitragen. Einige

Facetten des Wohnungsproblems benötigen zwingend sogar die Mitwirkung des Bundes. Die sogenannte Mietpreisbremse etwa ist in München völlig wirkungslos geblieben, denn Vermieter*innen können die Regelung in der Gewissheit ignorieren, dass neue Mieter*innen, die endlich eine Wohnung auf dem umkämpften Markt gefunden haben, nicht gleich einen Rechtsstreit beginnen werden. Deshalb müssen wir diejenigen, die vermieten, dazu verpflichten, dass sie offen und direkt über die Höhe der Vormiete zu informieren.

Entscheidend für die Höhe der Mieten ist auch der Mietspiegel. Hier fordern Grüne und Mieterverbände schon seit langem, nicht nur die Neuvermietungen, sondern auch die Bestandsmieten in die Berechnung miteinzubeziehen. Das muss bundesgesetzlich geregelt werden. Das gilt auch für die im Wohngeldgesetz festgelegten Miethöchstbeträge und Einkommensgrenzen, die insbesondere in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten viel häufiger angepasst werden müssten, um den rasanten Preissteigerungen gerecht zu werden.

Die Bundesrepublik sollte mit Verantwortung übernehmen für sozialen Wohnungsbau. Wir Grüne wollen bundesweit ein Wohnbauprogramm für eine Million preiswerter Wohnungen, für das Genossenschaften, kommunale Wohnungsunternehmen und privates Kapital für den sozialen Wohnungsbau gewonnen werden sollen. Das Prinzip dabei: Zulagen und Steuerförderung im Tausch gegen günstigen Wohnraum.

Öffentlicher Nahverkehr

Der Öffentliche Nahverkehr in der Region München ist vor allem, was die schienegebundenen Angebote betrifft, seit

vielen Jahren von einem Investitions- und Planungsstau belastet. Der Bund muss endlich sein Engagement in diesem Bereich ausbauen – anstatt es im Zuge der Föderalismusreform ganz einzustellen, so wie dies einige Zeit lang geplant war. Dieses Vorhaben scheint zwar fürs erste abgewendet worden zu sein, aber der Finanzierungsstau ist erheblich. Erst vor Kurzem hat der bayerische Verkehrsminister Herrmann selbst eigene Parteifreunde mit einem „Drei-Stufen-Plan“ erschreckt, in dem zahlreiche wichtige Schienenprojekte weit nach hinten geschoben werden. Klar – die Staatsregierung wird eine unglaubliche Summe im 2. S-Bahn-Tunnel vergraben. Aber die anderen Projekte bleiben angesichts des rasanten Wachstums der Region trotzdem notwendig – zum Beispiel der Regionalzughalt Poccistraße, der Ausbau der S 4 und der S 8 sowie der neue Hauptbahnhof. Ohne Mitfinanzierung des Bundes kann das noch Jahrzehnte dauern ...

Was noch?

- Bessere Vergütung für Hebammen, die in München mittlerweile einen ausgesprochenen Mangelberuf ausüben. Die Hebammen brauchen auch eine Lösung für die hohen Beiträge der Haftpflichtversicherung, am besten durch eine gesetzliche Haftpflichtversicherung.
- Die permanente Unterfinanzierung der deutschen Krankenhäuser macht auch den städtischen Kliniken zu schaffen. Krankenschwestern und -pfleger arbeiten wegen des Personalmangels oft am Anschlag. Bund und Länder stehen in der Pflicht, für ein bedarfsgerechtes Finanzierungssystem zu sorgen.



August



05 | Samstag | 16 Uhr
Stadtverband, Margarete Bause MdL

Green Dinner mit Bundestagskandidatin Margarete Bause

Öko, bio, fair - das schmeckt! Bringt bitte nach Möglichkeit eigenes Essen und Getränke sowie Teller, Besteck und Gläser mit. Tische und Bänke sind ausreichend vorhanden. Mit Musik von Michaela Dietl.

Weißburger Platz

06 | Sonntag | 11 Uhr
Margarete Bause MdL

Biergartentour „Margarete zum Anquatschen“

Schlüsselgarten, Cosimastr. 41

 A promotional poster for 'Margarete zum Anquatschen'. It features a photo of Margarete Bause at a table with other people. Below the photo, the text reads 'MARGARETE ZUM ANQUATSCHEN' in large yellow letters, followed by 'TREFFEN SIE MICH IM BIERGARTEN:' in white. There are icons of a beer glass and a leaf. A list of dates and locations is provided:

- 06.08. 11 Uhr - Schlüsselgarten Cosimastr. 41
- 11.08. 15 Uhr - Milchhäusl Englischer Garten, Sendlingerstr. 47
- 15.08. 14 Uhr - Truderinger Wirtshaus Kirchmühlweg 10, 73
- 20.08. 12 Uhr - Muffat-Biergarten Dübenerstr. 4

 The logo of the 'BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN' is at the bottom right.

08 | Dienstag | 16 Uhr
Stadtverband

Grüner Kulturstrand

Grüner Kulturstrand mit unseren Bundestagskandidat*innen Margarete Bause, Dieter Janecek und Peter Heilrath sowie der Fraktionsvorsitzenden im Landtag Katharina Schulze und unserer Parteivorsitzenden Gudrun Lux.



Kulturstrand am Vater-Rhein-Brunnen

11 | Freitag | 15 Uhr
Margarete Bause MdL

Biergartentour „Margarete zum Anquatschen“

Milchhäusl im Englischen Garten

11 | Freitag | 17.30 Uhr
Stadtverband

Infostandtraining

mit Katharina Schulze, MdL
Stadtbüro, Sendlinger Str. 47

15 | Dienstag | 14 Uhr
Margarete Bause MdL

Biergartentour „Margarete zum Anquatschen“

mit der Grünen Spitzenkandidatin Katrin Göring-Eckardt sowie den Bundestagskandidaten Peter Heilrath und Dieter Janecek.

Truderinger Wirtshaus

20 | Sonntag | 12 Uhr
Margarete Bause MdL

Biergartentour „Margarete zum Anquatschen“

Muffat-Biergarten



24 | Donnerstag | 18 Uhr
Stadtverband, Doris Wagner MdB

Green Dinner mit Bundestagskandidatin Doris Wagner MdB

Öko, bio, fair - das schmeckt! Bringt bitte nach Möglichkeit eigenes Essen und Getränke sowie Teller, Besteck und Gläser mit. Tische und Bänke sind ausreichend vorhanden. Mit Musik von „Die Broccolis“.

Petuelpark

26 | Samstag | 14 Uhr
Margarete Bause MdL,
OVs im Münchner Osten

Radtour entlang des Hachinger Baches mit Bundestagskandidatin Margarete Bause MdL

Treffpunkt: Bahnhof Perlach

Jetzt Briefwahl anfordern!

September

01 | Freitag | 18 Uhr
Stadtverband

Townhall mit Cem Özdemir

Treff mit unseren Spitzenkandidaten Cem Özdemir, den beliebtesten Oppositionspolitiker des Landes. Er will Eure Meinung und Eure Positionen hören, mit Euch diskutieren und Rede und Antwort stehen.

Das Schloss, Schwere-Reiter-Str. 15

09 | Samstag | 16 Uhr
Stadtverband

Grüne München beim Corso Leopold

Leopoldstraße

10 | Sonntag | 11 Uhr
Stadtverband

Grüne München beim Corso Leopold

Leopoldstraße

10 | Sonntag | 11 Uhr
Margarete Bause MdL

Frühschoppen mit Margarete Bause und Ska Keller

Muffatcafe

21 | Donnerstag | 13 Uhr
Landesverband

Wahlkampfhöhepunkt der bayerischen Grünen

mit der Spitzenkandidatin und dem Spitzenkandidaten der bayerischen Grünen: Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth und Bundestagsfraktionsvorsitzender Toni Hofreiter sowie den Münchner Direktkandidat*innen Dieter Janecek, Margarete Bause, Peter Heilrath und Doris Wagner

Marienplatz

21 | Donnerstag | 20 Uhr
Dieter Janecek MdB
Margarete Bause MdL

Abschlussparty mit Jamaram

Detailinfos folgen

Backstage



24 | Sonntag | 08 Uhr

Bundestagswahl

bundesweit

24 | Sonntag | 18 Uhr
Grüne Bayern

Wahlparty der bayerischen Grünen

Ampere (Muffatwerk), Zellstr. 4

GRÜNE KONTAKTE

Unser Stadtbüroteam Anna Schmidhuber, Petra Tuttas und Maria Wißmiller erreichst Du unter

stadtbuero@gruene-muenchen.de

sowie persönlich im Stadtbüro, Sendlinger Straße 47, oder telefonisch unter 089/201 44 88 zu den Bürozeiten: Montag, Donnerstag und Freitag von 16 bis 18 Uhr; Mittwoch von 10 bis 12 Uhr sowie nach Vereinbarung.

Kontaktdaten der Ortsverbände und Arbeitskreise, der Stadtrats- und Bezirkstagsfraktion, unserer Abgeordneten sowie der Grünen auf anderen Ebenen kannst Du im Stadtbüro erfragen und findest Du unter www.gruene-muenchen.de/kontakt.

IMPRESSUM

GRETA

– grün, engagiert, tatkräftig, alternativ – ist die Mitgliederzeitung der Münchner Grünen und erscheint sechs Mal im Jahr. – Sonderausgabe zur Bundestagswahl –

Herausgeber:

Bündnis 90/Die Grünen, KV München
Der Vorstand
Sendlinger Straße 47, 80331 München
Tel.: 089/201 44 88

vorstand@gruene-muenchen.de

www.gruene-muenchen.de

IBAN: DE87 4306 0967 8090 6901 00

V.i.S.d.P.: Gudrun Lux

Redaktion: Gudrun Lux, Andreas Gregor, Anna Schmidhuber, Thorsten Siefarth
greta@gruene-muenchen.de

Lektorat: Ulrike Sengmüller

Anzeigen: Wolfgang Leitner
anzeigen@gruene-muenchen.de

Art Direction: Andreas Gregor

Gestaltung & Satz: Anna Schmidhuber

Druck:

Uhl-Media

Kemptener Straße 36

87730 Bad Grönenbach

Klimaneutral gedruckt



+ Ökodruckfarben
+ 100% Recyclingpapier
+ 100% Ökostrom
+ je Druckauftrag wird ein Baum gepflanzt
+ klimaneutral & emissionsarm gedruckt

**UMWELT
IST NICHT
ALLES.
ABER OHNE
UMWELT
IST ALLES
NICHTS.**



DARUM GRÜN.